

Entwurf Haushaltsplan 2014

Änderungsempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2014 für die Sitzung des Kreistages am 25.02.2014

Ergebnishaushalt 2014

Lfd. Nr.	Profit-Center-Gruppe	Kostenarten-gruppe	Bezeichnung	Anderung Plan 2014 EUR	Entwurf Plan 2014 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
1	Gesamt	546	Gesamthaushalt / Erträge aus der Auflösung von Sonderposten Anpassung der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen gem. Berechnung auf Basis des Bestandes per 31.12.2013. Die Veranschlagung erfolgt bei den PCG 311 (Schulen) und 3320 (Kreisstraßen).	4.179.410	4.033.410	146.000			
2	Gesamt	66	Gesamthaushalt / Abschreibungen Anpassung der Abschreibungen gem. Berechnung auf Basis des Anlagenbestandes per 31.12.2013. Die Veranschlagung erfolgt bei PCG 1600 (EDV), 3110 (Schulverwaltung), 3320 (Kreisstraßen) u. 8100 (Finanzwirtschaft).	10.071.300	9.850.300			221.000	
3	9300	67-69	Büro der Kreisorgane / Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten 3.500 € für die Durchführung eines Neujahrs-/Jahresempfanges des Kreises. 2.000 € für die Umsetzung den RTK als Fair-Trade-Kreis auszurichten.	125.500	120.000			5.500	
4	9600	67-69	Büro für Gleichstellungsfragen und Frauenangelegenheiten / Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten Mittel für eine Gleichstellungskonferenz und den Beitritt des RTK zur EU-Charta für Gleichberechtigung auf lokaler Ebene.	25.000	15.000			10.000	
5	2340	540-543	Integrationsbeauftragte / Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen Dem RTK wurde eine Zuweisung aus dem Landesprogramm "WIR - Wegweisende Integrationsansätze Realisieren" vom HMdJ in Aussicht gestellt. Das Programm läuft vom 01.01.2014 bis 31.12.2016. Hierfür soll ein neues Profitcenter 2341 eingerichtet werden.	28.000	0	28.000			
6	2340	62-65	Integrationsbeauftragte / Personalaufwendungen Geplante Personalaufwendungen für eine Integrationsfachkraft, eine Stelle E9 ab 01.07.2014.	25.000	0			25.000	

Anlage 9

Lfd. Nr.	Profit-Center-Gruppe	Kostenarten-gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2014 EUR	Entwurf Plan 2014 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
7	2340	60	Integrationsbeauftragte / Material, Energie u. stg. verwaltungswirtschaftl. Tätigkeit Büromaterial für die Integrationsfachkraft.	500	0			500	
8	2340	67-69	Integrationsbeauftragte / Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten 2.500 € Sachkosten, Fort- und Weiterbildung für die Integrationsfachkraft. 2.500 € Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Diensten / Kommunikation aufgrund des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen.	7.000	2.000			5.000	
9	2340	71	Integrationsbeauftragte / Zuweisungen und Zuschüsse Weitere 5.000 € für Sprachkurse aufgrund des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen.	28.000	23.000			5.000	
10	1600	67-69	Fachdienst EDV / Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten Für die Verbesserung der Kommunikationsverbindung (Erhöhung der Leitungsbandbreite) zum Standort Idstein werden 9.800 € benötigt. Derzeit kommt es zu Verzögerungen bei dem Programm Open Prosoz und langen Wartezeiten bei der Druckausgabe. Außerdem sind gehäuft Programmabstürze zu beobachten. Des Weiteren werden für das Pilotprojekt "Mobiler Abgeordneter" 10.000 € geplant. Sperrvermerk: Diese Mittel sind gesperrt bis zur Freigabe im HFA.	158.480	138.680			19.800	
11	3110	540-543	Schulverwaltung allgemein / Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen Anpassung der Zuweisung zu den Ausgaben für Schulen gem. der Festsetzung für das Jahr 2013.	3.679.600	3.690.100		10.500		
12	3111	670-671	Grund- und Hauptschulen allgemein / Mieten und Leasing Mehrbedarf von 100.000 € für die Miete von Ersatzpavillons im Zuge von Baumaßnahmen an den Grundschulen in Rüdeshelm und Taurusstein-Wehen.	529.150	429.150			100.000	
13	3113	670-671	Gymnasien allgemein / Mieten und Leasing Mehrbedarf von 14.900 € für Leasingnebenkosten aufgrund einer Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer.	927.900	913.000			14.900	
14	3118	670-671	Gesamtschulen allgemein / Mieten und Leasing Mehrbedarf von 11.600 € für Leasingnebenkosten aufgrund einer Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer.	4.227.200	4.215.600			11.600	
15	2020	61 u. 72	Kommunales Arbeitsmarktprogramm / bezogene Leistungen u. Transferaufwendungen Im Rahmen der Vorträge aus dem Jahr 2013 stehen noch Mittel zur Verfügung. Daher können die Ansätze 2014 reduziert werden.	1.834.800	2.334.800			-	500.000

Lfd. Nr.	Profit-Center-Gruppe	Kostenarten-Gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2014 EUR	Entwurf Plan 2014 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
16	2420	72	Wirtschaftliche Jugendhilfe / Transferaufwendungen Gem. aktueller Berechnung auf Basis des vorl. RE 2013 können die Aufwendungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe reduziert werden. Die Reduzierung erfolgt mit je 100.000 € bei den Aufwendungen für Familienhilfe (§ 31), Mutter/Kind-Einrichtung (19), Tagesgruppen (§ 32), Hilfe für junge Volljährige (§ 41) und Inobhutnahmen (§ 42).	23.237.000	23.737.000				500.000
17	2560	548-549	Jugendbildungswerk / Kostenersatzleistungen und -erstattungen Aufgrund der Aufwandsteigerung für Veranstaltungen (siehe nächste Rd. Nr.) kann der Ansatz Kostenbeträge und Aufwandsersatz von 7.500 € um 2.500 € auf 10.000 € erhöht werden.	50.000	47.500	2.500			
18	2560	72	Jugendbildungswerk / Transferaufwendungen Gem. dem vom Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes beschlossenen Veranstaltungsprogramm 2014 werden 40.000 € benötigt.	40.000	30.000			10.000	
19	2700	51	FD Gesundheitsverwaltung / Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Anpassung der Verwaltungsgebühren gem. vorl. RE 2013 (181.725 €). Ansatz bisher: 180.000 € / Ansatz neu: 170.000 €	170.000	180.000	10.000			
20	2700	61	Gesundheitsverwaltung / bezogene Leistungen Nach § 21 Hess. Krankenhausgesetz 2011 (HKHG) ist in jedem Versorgungsgebiet nach § 17 HKHG eine Gesundheitskonferenz zu bilden. Dieser Gesundheitskonferenz gehören als Mitglieder u. a. die Landkreise und kreisfreien Städte an, in diesem Fall die Stadt Wiesbaden sowie die Kreise Limburg-Weilburg und Rheingau-Taunus. Die Geschäftsführung erfolgt derzeit durch die Stadt Wiesbaden. Die Gesundheitskonferenz hat beschlossen, sich an dem Modell Kassel zu orientieren und die lfd. Kosten auf die drei angehörigen Gebietskörperschaften aufzuteilen. Nach Kalkulation der Stadt Wiesbaden beträgt der Aufwand (Fahrtkosten für Ehrenamtliche, Kosten der Geschäftsführung) ca. 7.700 bis 7.800 € jährlich, hiervon ist ein Drittel vom RTK zu tragen.	21.600	19.000			2.600	

Lfd. Nr.	Profit-Center-Gruppe	Kostenarten-Gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2014 EUR	Entwurf Plan 2014 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
			Fachdienst Migration / Gesamterläuterung Laut Ankündigung des RP Darmstadt vom 10.01.2014 werden dem RTK bis zum 30.06.2014 243 Flüchtlinge zugewiesen werden (gesamtes Aufnahmesoll 2012: 198 Personen; gesamtes Aufnahmesoll 2013: 272 Personen). Durch den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen sind die vorhandenen Unterkünfte aktuell voll belegt, so dass zur Überbrückung bereits Pensions- und Hotelzimmer angemietet werden mussten. Eine Erhöhung der nachfolgenden KAG im Bereich der Migration ist daher erforderlich.						
21	7300	62-65	Fachdienst Migration / Personalaufwendungen Geplante Personalaufwendungen für 3,5 neue Stellen für 6 Monate (siehe Al. III Nr. 42).	1.115.700	1.014.300			101.400	
22	7300	60	Fachdienst Migration / Material, Energie u. sig. verwaltungswirtschaftl. Tätigkeit Mehrbedarf für Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Gebrauchsgegenstände und Treibstoffe.	298.950	219.700			69.250	
23	7300	61	Fachdienst Migration / bezogene Leistungen Mehrbedarf für die Instandhaltung von Einrichtungen, Fremdenversorgung, sonst. bezogene Leistungen.	20.000	13.700			6.300	
24	7300	6161	Fachdienst Migration / Instandhaltung Gebäude u. Außenanlagen Mehrbedarf für die Instandhaltung der Unterkünfte.	26.000	16.000			8.000	
25	7300	679-671	Fachdienst Migration / Mieten und Leasing Mehrbedarf für die Anmietung von Unterkünften (298.800 €) und Leasingkosten für ein Hausmeisterfahrzeug (4.200 €).	1.257.000	954.000			303.000	
26	7300	67-69	Fachdienst Migration / Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten Mehrbedarf für Versicherungen u. Telefonkosten.	43.660	41.930			2.130	
27	7300	2330	Fachdienst Migration / Sonstige ordentliche Aufwendungen KFZ-Steuer des Hausmeisterfahrzeuges.	500	0			500	
28	3200	61	Fachdienst Umwelt / bezogene Leistungen Ansatz 20.000 € für die Umsetzung integriertes Verkehrskonzept. Sperrvermerk: Von dem Ansatz sind 10.000 € gesperrt bis zur Freigabe im EUKA.	54.000	54.000				
29	3200	67-69	Fachdienst Umwelt / Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten KAG 67-69, Ansatz 75.000 € für die Breitbandversorgung. Sperrvermerk: Von dem Ansatz sind 25.000 € gesperrt bis zur Freigabe im HFA.	135.600	135.600				

Lfd. Nr.	Profit-Center-Gruppe	Kostenarten-gruppe	Bezeichnung	Änderung Plan 2014 EUR	Entwurf Plan 2014 EUR	Erträge Mehr EUR	Erträge Weniger EUR	Aufwendungen Mehr EUR	Aufwendungen Weniger EUR
30	7420	67-69	Rettungsdienst, Leitstelle / Inanspruchnahme v. Rechten, Diensten Umplanung der Kostenerstattung für die Benutzung der Einsatzfahrzeuge auf die richtigen Kostenarten (Treibstoffkosten (KAG 60), Leasing KFZ (KAG 671), Versicherungsbeiträge (KAG 69) und KFZ-Steuer (KAG 70)). <u>Es bleibt bei dem geplanten Gesamtaufwand von 22.000 €.</u>	74.720	74.720				
31	3400	51	FD Bauaufsicht und Denkmalschutz / Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Anpassung der Baugenehmigungsgebühren gem. vorl. RE 2013 (1.192.219 €). Ansatz bisher: 1.050.000 € / Ansatz neu: 1.150.000 €	1.230.000	1.130.000	100.000			
32	8100	73	Finanzwirtschaft / Steueraufwendungen einschl. Aufw. gesetzl. Umlageverpflichtungen LWV- und KH-Umlagegrundlagen gem. vorl. Festsetzung des HMdF vom 02.01.2014. Hebesatz LWV gem. Pressemitteilung 13,305% (bisher im HHPL 13,861%), Hebesatz KH-Umlage gem. HMdF 1,31% (bisher im HHPL 1,35%). Die umfangreiche Hebesatzreduzierung ist begründet durch die vollständige Überlassung der Bundeserstattungen für Grundsicherung (100%). Bislang erhielt der LWV nur 35% der tatsächlichen Kosten.	31.919.460	33.221.130				1.301.670
33	8100	540-543	Finanzwirtschaft / Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen Reduzierung der Schuldendiensthilfen vom Land für investive Schutzschirmkredite um 130.000 € aufgrund der Verschiebung von Kreditaufnahmen (entsprechende Aufwandskürzung). Ansatz bisher: 1.850.000 € / Ansatz neu: 1.720.000 €	30.366.730	30.496.730		130.000		
34	8100	77	Finanzwirtschaft / Zinsen und ähnliche Aufwendungen Reduzierung der Zinsaufwendungen für investive Schutzschirmkredite um 130.000 € aufgrund der Verschiebung von Kreditaufnahmen (entsprechende Erlöskürzung). gepl. Zinsaufwand bisher: 902.000 € / Zinsaufwand neu: 772.000 €	3.189.000	3.319.000				130.000
			Summe			286.500	140.500	921.470	2.431.670

Gesamtbetrag Erträge	220.700.920	220.554.920
Gesamtbetrag Aufwendungen	237.226.390	238.736.590
Jahresfehlbetrag 2014	16.525.470	18.181.670

nachrichtlich : ordentliches Ergebnis 2014 gem. Schutzschirmvertrag 16,6 Mio. €.

Änderungsempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2014 für die Sitzung des Kreistages am 25.02.2014

Lfd. Nr.	Programm- position	Bezeichnung	Plan bis 2012 EUR	Plan 2013 EUR	Plan 2014 EUR	Plan 2015 EUR	Plan 2016 EUR	Plan 2017 EUR	Plan 2018 ff. EUR	Plan Gesamt EUR
35	01-1600-33	EDV								
		Projekt "Mobiler Abgeordneter"	bisher 0	0	0	0	0	0	0	0
			neu 0	0	10.000	0	0	0	0	10.000
		Für das Pilotprojekt "Mobiler Abgeordneter" werden 10.000 € eingeplant. Diese Mittel sind gesperrt bis zur Freigabe im HFA.								
36	03-2127-11	Grundschule Taunusstein-Wehen								
		Raumerweiterung für Ganztagsbetreuung	bisher 0	320.000	0	0	0	0	0	320.000
			neu 0	320.000	280.000	0	0	0	0	600.000
		Auf Grund von Änderungen an der bisherigen Planung bzgl. des Standortes sowie der Raumgröße und -nutzung sind Mehrkosten von 280.000 € zu verzeichnen. Weiterhin war in der ursprünglichen Kostenschätzung der Anteil für die Herrichtung der Außenanlage nicht berücksichtigt. Auch ist die Anbindung der neuen Elektroverteilung an den Bestand nach VDE nicht zulässig, hierzu liegt jetzt ein entsprechendes Gutachten vor, welches die Veralterung belegt. Die Kosten / Mittel hierfür wurden ebenfalls in die Ursprungsplanung nicht eingestellt. Zudem wird die Fundamentierung der Bodenplatte incl. Bewehrung, als auch das Dach und ein angrenzender Treppenraum so vorgesehen, dass zu jedem Zeitpunkt eine Aufstockung für 2 weitere Betreuungs-/ Klassenräume möglich ist. Auch dieses zieht Mehrkosten nach sich.								
37	03-2127-13	Generalsanierung H-Gebäude								
			bisher 0	250.000	890.000	460.000	0	0	0	1.600.000
			neu 0	250.000	1.490.000	460.000	0	0	0	2.200.000
		Die ursprünglich veranschlagten Baukosten von 1,6 Mio. € sind nach dem aktuellen Planungsstand nicht ausreichend. Mehrkosten ergeben sich aus: Defekter Ringleitung, Austausch eines zugesetzten Rev.-schachtes zuzgl. Fettabscheider wegen erhöhter Schülerzahl, Schadstoffsanierung (Asbest) und ein veraltetes Elektronez. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass evtl. Fördermittel für energetische Maßnahmen beansprucht werden können. Die mögliche Fördersumme liegt nach aktueller Einschätzung bei 295.000 € brutto. Der Förderantrag ist in Bearbeitung und es ist mit einer Zahlung der Fördergelder im Zeitraum von 2014 bis 2015 zu rechnen.								
38	03-2128-4	Grundschule Taunusstein-Neuhof								
		Neubau Betreuungsgebäude	bisher 0	0	380.000	0	0	0	0	380.000
			neu 0	0	730.000	0	0	0	0	730.000
		Die aktuellen Kosten werden mit 730.000 € veranschlagt.								
39	03-2128-5	Grundschule Taunusstein-Neuhof								
		Einrichtung Betreuungsgebäude	bisher 0	0	40.000	0	0	0	0	40.000
			neu 0	0	60.000	0	0	0	0	60.000
		Die aktuellen Kosten werden mit 60.000 € veranschlagt.								
40	03-2807-11	Gymnasium Taunusstein-Bleidenstadt								
		Generalsanierung Bauteil B	bisher 2.878.847	1.750.000	2.900.000	0	0	0	0	7.528.847
			neu 2.878.847	1.750.000	2.000.000	0	0	0	0	6.628.847
		Mittel werden für die Abwicklung der Maßnahme nicht benötigt.								

Lfd. Nr.	Programmposition	Bezeichnung	Plan bis 2012 EUR	Plan 2013 EUR	Plan 2014 EUR	Plan 2015 EUR	Plan 2016 EUR	Plan 2017 EUR	Plan 2018 ff. EUR	Plan Gesamt EUR	
41	03-2808	Gesamtschule Taunusstein-Hahn Generalisierung und Erweiterung SZ Hahn	bisher	0	2.500.000	3.100.000	4.860.000	3.950.000	0	0	14.410.000
			neu	0	2.500.000	3.000.000	4.860.000	4.050.000	0	0	14.410.000
Mittelverschiebung nach 2016.											
42	03-2808-31	Ersatz-/Neuausstattung nach Sanierung/Erw.	bisher	0	150.000	160.000	150.000	0	0	0	450.000
			neu	0	150.000	0	150.000	150.000	0	0	450.000
Mittelverschiebung nach 2016.											
43	05-7300	Migration Bewegliches Anlagevermögen Unterkünfte	bisher	0	35.500	7.500	7.500	7.500	7.500	0	65.500
			neu	0	35.500	22.500	7.500	7.500	7.500	0	80.500
Erhöhter Mittelbedarf für die Grundausstattung der Unterkünfte aufgrund steigender Flüchtlingszahlen.											
Gesamtbetrag Einnahmen (festgest. Entwurf KA)			bisher	7.482.350	8.800.000	8.540.000	8.953.500	3.473.500			
Gesamtbetrag Einnahmen			neu	7.482.350	8.800.000	8.540.000	8.953.500	3.473.500			
Gesamtbetrag Ausgaben (festgest. Entwurf KA)			bisher	20.924.250	14.223.200	11.841.900	11.571.900	9.891.900			
Gesamtbetrag Ausgaben			neu	20.924.250	14.348.200	11.841.900	11.521.900	9.891.900			
Kreditemächtigung (festgest. Entwurf KA)			bisher	13.441.900	8.423.200	8.301.900	7.618.400	6.418.400			
Kreditemächtigung			neu	13.441.900	8.548.200	8.301.900	7.668.400	6.418.400			
Gesamtbetrag Verpflichtungsmächtigungen			bisher		7.335.000						
Gesamtbetrag Verpflichtungsmächtigungen			neu		7.335.000						

Rechnungen:

Kreditaufnahme	13.441.900	8.548.200	8.301.900	7.668.400	6.418.400
gesamte Tilgung	9.082.000	8.640.000	18.402.000	8.000.000	6.000.000
Unter (-) / Überschreitung (+) Nettoneuverschuldung	4.359.900	-81.800	-99.100	-131.600	-481.600
davon Kauf Kreisbau Bad Schwalbach	5.505.000				
Überschreitung Nettoneuverschuldung	-640.100				

Entwurf Stellenplan 2014

Änderungsempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2014 für die Sitzung des Kreistages am 25.02.2014

Lfd. Nr.	Seite im HHPL	Änderung	Erläuterung
44	363	3. Stellenabsenkungen Nr. 2 der Tabelle 0,2 A 14 Soll = A 13 h.D. Nr. 3 der Tabelle streichen	Dadurch bleibt bei ProfitCenter 2250 eine volle A 13 h.D. – Stelle ausgewiesen, was auch evtl. künftige personalwirtschaftliche Überlegungen nicht einschränken würde. Diese Änderung ist ohne finanzielle Auswirkung. Der derzeitige Stelleninhaber (FDL JobCenter) ist als Beschäftigter in Entgeltgruppe 12 TVöD eingruppiert.
45	365	5. Stellenneuschaffungen Nr. 1 entfällt, Aufnahme in Vorbemerkungen	0,5 Stelle E9 im FD II.1 soll unter Beachtung der Fallzahlenentwicklung zunächst befristet in den Vorbemerkungen abgebildet werden.
46	365	5. Stellenneuschaffungen Nr. 7 und 8 erhalten einen kw-Vermerk	Das Ergebnis des KGSt-Gutachtens für den Bereich Amtsvormundschaft und Erzieherische Jugendhilfe soll abgewartet werden.
47	367 neu	Vorbemerkungen Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, unbegl. minderjährigen Flüchtlingen 2 Stellen E9 / S 12 0,5 Stelle S 14 1,0 Stelle E 5	Die Zuweisungszahlen im Bereich Asylbewerber/Flüchtlinge steigen seit längerer Zeit deutlich an. Daher hat der Fachdienst/Fachbereich beantragt, in die Vorbemerkungen für den Stellenplan 2014 zwei weitere Stellen für Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeiter (alternativ auch Verwaltungskraft) für den Flüchtlingsdienst aufzunehmen. Seitens des Personalmanagements wird vorgeschlagen, dies um eine handwerkliche Kraft zu ergänzen. Entsprechend der seinerzeitigen Vorgehensweise in der Hochphase der Flüchtlingsaufnahme wird empfohlen, eine Sozialarbeiterin bzw. einen Sozialarbeiter für bis zu 200 Personen zur Betreuung einzusetzen. Dies natürlich nicht zuletzt im Interesse des sozialen Friedens. Für das erste Halbjahr 2014 erwarten wir konkret 243 (!) neue Asylbewerberinnen und Asylbewerber, allein daraus ergibt sich die Notwendigkeit zur Besetzung mind. einer Stelle. Für das 2. Halbjahr 2014 rechnen wir mit mindestens der gleichen Anzahl an Neuankömmlingen. Die derzeit zwei Sozialarbeiter betreuen zudem bereits jeweils mehr als 200 Personen. Hinzu kommen die Prognosen zum Anstieg der Fälle der s.g. unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Dies sind Kinder, die hier bei uns ohne elterliche Begleitung ankommen und deshalb der besonderen Betreuung bedürfen. Hierfür wird ein Personalbedarf von 0,5 Stellen angenommen. Die handwerkliche Mitarbeit wird bei der Einrichtung und Belegung der Unterkünfte, der Durchführung von Umzügen und für Reparaturen in und an den Unterkünften benötigt. Ob und in welcher Weise mit einer finanziellen Beteiligung des Landes bzw. der Bundes zu rechnen sein wird, hängt von den entsprechenden Bemühungen des Hess. Landkreistages ab.
48	367 neu	Vorbemerkungen Integrationsfachkraft 1 Stelle E 9 (vollständige Förderung durch Landesprogramm, bis max. 31.12.2016.	Dem RTK wurde eine Zuweisung aus dem Landesprogramm "WIR - Wegweisende Integrationsansätze Realisieren" vom HMDJ in Aussicht gestellt. Das Programm läuft vom 01.01.2014 bis 31.12.2016.
49	367 neu	Vorbemerkungen Lernen vor Ort 1 Stelle E 12 (befristet auf 2 Jahre)	Das Projekt läuft am 31.08.2014 aus. Bildungsmonitoring ist die kontinuierliche Beobachtung eines Bildungssystems oder Teile eines Bildungssystems. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse und Daten – auch in Form eines Bildungsberichts – sind für alle Bildungsakteure im RTK-Kreis von großem Nutzen. Bildungsmonitoring ist ein Instrument, mit dem man Maßnahmen im Bildungsbereich fundieren, begründen oder antizipieren kann. Schwächen und Stärken werden sichtbar. Damit kann man Strategien für eine langfristige Planung in allen Bildungsbereichen entwickeln.

Entwurf Haushaltssicherungskonzept

Änderungsempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.02.2014 für die Sitzung des Kreistages am 25.02.2014

Lfd. Nr.	Seite im HHPL	Änderung	Erläuterung
50	445 neu	Ziffer IX.4 Kündigung von Mitgliedschaften	Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Fristen ein Ausstieg aus dem Zweckverband Rheingau erfolgen kann. Die auf den Rheingau-Taunus-Kreis entfallende Verbandsumlage ist im Haushaltsplanentwurf 2014 mit 51.000 € veranschlagt (PCG-4500 - S. 127).
51	445 neu	Ziffer IX.5 Kosteneinsparung beim Medienzentrum	Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang eine Verschärfung des Medienzentrums durch Kooperation mit benachbarten Gebietskörperschaften (z.B. Wiesbaden, Main-Taunus-Kreis) realisierbar ist. Das Medienzentrum (PCG 3160 - S. 300/201) weist einen Zuschussbedarf von rd. 230.000 € (HH-Entwurf 2014) aus.